Numara: 5 Kuruş

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzere)

		dahil için	haric için
Aylık	Türk lirası	1.50	RM. 5.—
Üç aylık	„ „	4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „	8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „	15.—	„ 50.—

posta ücretidir.
Hakkınız 6 defa çıkar.

İdarehane:
Beyoğlu, Cansız sokak 7
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44.606.
Posta Kutusu: İstanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kuruş

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	RM. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Beyoğlu, Cansız sokak 7
Drahtanschrift: Türkpost.
Fernsprecher: 44.606.
Postfach: Istanbul 1269.

11. Jahrgang Nr. 130

Tageszeitung

Istanbul, Mittwoch, 3. Juni 1936

Im Zeichen der Meerengenkonferenz - Schuschnigg weilt zur Zeit in Italien Frontkämpfer-Treffen in London - Rom prüft Austritt aus dem Völkerbunde

Die arabisch-jüdische Frage

—o—

Die Hintergründe der Unruhen in Palästina

Es ist im Grunde nicht zulässig, von einer arabisch-jüdischen Frage zu sprechen, so, als ob sie ein selbständiges Leben führe. Vielmehr stellt sie nur eine bestimmte Seite des palästinischen Gesamtproblems dar, das seinerseits nicht nur durch die Tatsache der arabischen Bevölkerung und der Balfour-Erklärung, sondern ebenso von der britischen und französischen Orientpolitik wie auch von dem Emanzipationsstreben der orientalischen Völker und Nationen außerhalb Palästinas überhaupt bestimmt wird. Innerhalb dieses Gesamtkomplexes erscheint die arabisch-jüdische Frage nur als eine Nuance. Allerdings eine Nuance, die sehr an der Oberfläche des Palästinaproblems liegt, die in allen Proklamationen, in allen Formulierungen palästinisch-arabischer Wünsche als zentral bezeichnet und sicherlich von den meisten Arabern entsprechend empfunden wird; und wenn Europäer an Palästina als an ein politisches Problem denken, so denken sie zunächst und vor allem eben an diese Spannung zwischen Arabern und Juden. Unter diesen Umständen mag es berechtigt erscheinen, für einen Augenblick die Fiktion eines in sich geschlossenen arabisch - jüdischen Problems gelten zu lassen, um das wirklich Wesentliche dieser Seite des allgemeinen Palästina-Problems schärfer herauszustellen.

An der geschichtlichen Seite des Problems interessiert vor allem die Tatsache, daß die arabische Gegnerschaft gegen das jüdische Nationalheim nicht von vornherein, insbesondere auch nicht im Anschluß an die Balfourdeklaration, bestand. Es sei nur an die Begegnung erinnert, die 1918 in Akabu zwischen dem Emir Feisal, dem Sohne des Königs Hussein vom Hedschas, in Gegenwart des englischen Hauptmanns Ormsby-Gore, jetzigen Kolonialministers, mit dem Zionistenführer Prof. Dr. Weizmann stattfand, bei der sich der spätere Irakkönig zu den zionistischen Bestrebungen sehr freundlich äußerte. Derselbe arabische Fürst, der unbestritten die gesamte arabische Nationalbewegung vertritt, schrieb 1919 an den amerikanischen Zionistenführer Prof. Felix Frankfurter, der mit der amerikanischen Friedensdelegation nach Paris gekommen war, einen Brief, in dem er sich geradezu enthusiastisch über den Plan der Errichtung des „Jewish National Home" aussprach. In dem Schreiben betont Feisal die gemeinsame semitische Rasse, spricht von den „tiefsten Sympathien", die die Araber den zionistischen Bestrebungen entgegenbringen und meint schließlich, daß das arabische und das jüdische Volk einander zum wirklichen Erfolg bedürften. Letzten Endes stand ja auch die Balfourdeklaration keineswegs in einem Gegensatz zu den Versprechungen, die England in die Adresse des Königs Hussein den Arabern 1915 gemacht hatte. Denn sie sprach keineswegs von Palästina „als" einer jüdischen Heimstätte (eine Formulierung, die Weizmann ursprünglich erreichen wollte), sondern von einer jüdischen Heimstätte „in" Palästina, sodaß also die Möglichkeit eines arabischen Palästinas nicht unbedingt davon berührt werden mußte. Es ist eine Auslegungsfrage, ob in dem geheimen Sykes-Pnicot-Abkommen von 1916, das den Vorderen Orient für den Fall des Sieges unter Franzosen und Engländer bezw. in französische und englische Einflußsphären aufteilt, ein Widerspruch zu den englischen Versprechungen an Hussein liegt. Die Araber fassen jedenfalls diesen Vertrag und den Mandatsvertrag von 1922 als hiermit unvereinbar auf.

Wie dem auch sei, nach dem Kriege entwickelte sich unter den Arabern Palästinas ein starker Widerstand gegen das jüdische Nationalheim, der bereits 1921 zu blutigen Unruhen führte. Die Gründe für den arabischen Stellungswechsel dürften vor allem darin zu suchen sein, daß Palästina, und zwar wiederum nur Westpalästina ,aus dem gesamtarabischen Komplex herausgenommen wurde. Eine panarabische Bewegung, die Grundlage und Ziel der Politik der Haschimiten war, und die sich auf weite Räume erstreckt, kann den Gedanken eines jüdischen Nationalheims weitaus eher ohne Prestigeverlust ertragen als eine arabische Bewegung, deren Basis das kleine Westpalästina ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß ein Palästina selbst mit einer jüdischen Majorität in einem geschlossenen großarabischen Raum, wie er Hussein und Feisal vorschwebte, kein Problem ersten Ranges, keine Lebensfrage darstellen mußte, während eine auf Palästina beschränkte und national sich bewußtwerdende arabische Bevölkerung durch die Enge des abgesteckten Raumes zu dem Konflikt von selbst gedrängt wird. Die Völker können einander nicht mehr ausweichen. „Man kann nicht zwei Degen in eine Scheide stecken", sagt ein arabisches Sprichwort.

Der jüdisch-arabische Konflikt zeigt sich vor allem in zweifacher Weise: im Boden- und im Einwanderungsproblem. Es ist eines der ersten Axiome der zionistischen Ideologie, daß in Palästina ein Ruhepunkt in der ewigen zweitausendjährigen Wanderungsbewegung des jüdischen Volkes nur dann geschaffen werden kann, wenn der Boden in möglichst geschlossenen Komplexen jüdisches Eigentum wird. Der hebräische Terminus dieses Prinzips lautet „Geulath Haarez", d. i. „Erlösung des Landes". Es liegt in der inneren Logik dieses Prinzips, wenn es ernst genommen wird, daß es keine Begrenzung kennt außer der, die durch die Grenzen Palästinas selbst gegeben ist. Eng verbunden mit diesem Prinzip ist das Prinzip der jüdischen Arbeit (Kibbusch Haawoda = Eroberung der Arbeit): Der Zionismus glaubt, wohl mit Recht, daß das Phänomen des „Ewigen Ahasver" eng mit der zwischenschichtigen, „parasitären" Struktur des sozial auf dem Handel und den intellektuellen Berufen beruhenden jüdischen Volkes verbunden ist, sodaß ein Stillstand der Wanderungen nur durch eine neue Berührung des jüdischen Volkes mit der Urproduktion erreicht werden kann. Beide Prinzipien, Geulath Haarez und Kibbusch Haawoda, bedeuten zwar nicht eine Verdrängung der Araber aus dem Lande, wohl aber vom Lande, d. h. sie bedeuten deren Verstädterung, also einen Angriff auf die soziale Struktur des palästinischen Arabertums. Diese Gefahr ist keineswegs akut; denn bisher sind erst etwa ein Zwanzigstel der Gesamtfläche und etwa 11 v. H. der gesamten anbaufähigen Fläche Westpalästinas in jüdischem Besitz. Die Entwicklung wird nicht nur durch die unvorstellbar hohen Bodenpreise und durch die finanziellen Mittel der zionistischen Bewegung, sondern auch durch viele gesetzliche Erschwerungen des Bodenkaufs gehemmt. Aber die Tendenz geht zweifellos auf die Erwerbung des gesamten Bodens hin, sie muß dahin gehen, wenn die zionistische Bewegung sich selbst ernst nimmt. Diese Entwicklung zu hemmen ist eine der vordringlichsten Forderungen und Probleme der arabo-palästinischen Politik.

Das Problem der jüdischen Einwanderung ist besonders seit dem Jahre 1933 akut geworden. Dieses Jahr hat durch die Entwicklung in Deutschland mit dramatischer Wucht gezeigt, daß die jüdische Emanzipation des 19. Jahrhunderts selbst in Westeuropa nicht, wie es die Utopisten des Liberalismus geglaubt hatten, die Beendigung der Judenfrage bedeutet. Die Wanderungsbewegung, die in Westeuropa angesichts der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Sättigung des westeuropäischen Judentums seit langem gestockt hatte, trat in diesem Jahr zum ersten Mal wieder als Massenbewegung auf. Aber sie stieß auf eine von der Wirtschaftskrise verriegelte Welt. Nur in Palästina konnte dank der Vorarbeiten der zionistischen Bewegung ein Auffang geschaffen werden. So stieg die Einwanderungsziffer plötzlich und steil in die Höhe und erreichte bald einen früher von Fachleuten als utopisch bezeichneten Monatsdurchschnitt von 4.500 Seelen. Inzwischen wankt auch in Oesterreich und Polen der Boden unter den Füßen der Juden, sodaß auch von dort — im Verein mit einer nicht unbetrachtlichen Quote aus Amerika und Südafrika — ein erheblicher Massenstrom allmonatlich nach Palästina fließt. Im Gegensatz zu früheren Zeiten (wenn man einmal von der durch bestimmte polnische Regierungsmaßnahmen hervorgerufenen Masseneinwanderung von 1925-26, die jedoch bald wieder in eine Rückwanderung mündete, absieht), werden die Juden nicht mehr durch die zionistische Idee und daher naturgemäß unter einer starken zahlenmäßigen Auslese, sondern durch die sozialen, politi-

(Fortsetzung s. S. 4)

Vorbreitungen für Montreux

Genf, 2. Juni (A.A.)

Der Sonderberichterstatter der A.A. meldet aus Genf:

Im Anschluß an die außerordentliche Sitzung des Völkerbundsrates am 15. Juni werden die Abordnungen Englands, Frankreichs, Japans, Italiens, Rumäniens, Jugoslawiens, Griechenlands, Bulgariens und der Türkei am 22. Juni in Montreux zusammentreffen, um die Frage der Wiederbefestigung der Meerengen zu prüfen und sie zu einem Abschluß zu bringen. Als Grundlage dieser Besprechungen wird ein Entwurf dienen, der von der türkischen Regierung vorbereitet wurde.

Man nimmt an, daß die Konferenz, die in den Räumen des „Montreux-Palastes" abgehalten wird, ungefähr eine Woche in Anspruch nehmen dürfte.

Auf der ersten öffentlichen Sitzung wird die Konferenz zwei oder drei Arbeitsausschüsse wählen, die dann ihre Arbeiten in besonderen Besprechungen fortsetzen werden.

Alle erforderlichen technischen Vorbereitungen zu der Konferenz sind bereits von der ständigen türkischen Vertretung beim Völkerbund getroffen.

Man vermutet, daß außer den ungefähr hundert Journalisten, die den Verhandlungen des Völkerbundes ständig beiwohnen, noch ungefähr fünfzig Berichterstatter, die kommen werden, um bei der außerordentlichen Sitzung des Rates zugegen zu sein, der Meerengenkonferenz in Montreux beiwohnen werden. Ein großer Saal des „Montreux-Palastes" ist für die Journalisten bestimmt, wo außer einem Telegraphenamt zwanzig Telefonzellen eingerichtet worden sind, um den Pressevertretern ihre Arbeit zu erleichtern.

Sowohl die schweizer Bundesregierung als auch die Regierung des Kantons Waadt haben alle erdenklichen Maßnahmen getroffen, um ein reibungsloses und glattes Arbeiten der Konferenz zu ermöglichen.

„Montreux-Palast" und „Grand Hôtel" haben dem Vorsitzenden der internationalen Presse-Organisation mitgeteilt, daß sie den Journalisten Zimmer mit voller Pension zum Preise von 15.— Schweizer Franken für die Tage ihres Aufenthaltes in Montreux zur Verfügung stellen werden.

Litwinoff vertritt die russische Regierung

Moskau, 2. Juni (A.A.)

Auf die Einladung des türkischen Außenministers, an die Konferenz in Montreux teilzunehmen, teilte der stellvertretende Außenkommissar Krestinski mit, daß die russische Regierung auf dieser Konferenz durch Litwinoff vertreten sein wird.

—o—

Ministerrat

Ankara, 2. Juni (A.A.)

Der Ministerrat trat heute unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Ismet Inönü zusammen und befaßte sich mit laufenden Staatsgeschäften.

Fraktionssitzung der Volkspartei

Ankara, 2. Juni (A.A.)

Der Vorstand der Fraktion der Volkspartei teilt mit:

Die Fraktion der Volkspartei trat am heutigen Nachmittag unter dem Vorsitz des Fraktionsvorsitzenden Hasan Saka zusammen.

Bei dieser Sitzung gab Außenminister Dr. Tevfik Rüştü Aras Erklärungen über die allgemeine politische Lage ab.

Die Fraktion setzte dann die Aussprache über den Bericht des Fraktionsausschusses für die Angelegenheiten der Provinzialverwaltungen fort und wies den Bericht zwecks Vornahme entsprechender Nachträge im Sinne der inzwischen in Kraft getretenen neuen Gesetze an den Fraktionsausschuß zurück.

Ein Uebereinkommen zwischen Eden und Blum?

Sanktionsfrage vertagt?

Genf, 3. Juni (A.A.)

Der Sonderberichterstatter der Anatolischen Nachrichtenagentur meldet:

Es wird mitgeteilt, daß Léon Blum und Eden im Laufe ihrer Aussprachen, die sie in den letzten Tagen in Paris gehabt haben, dahin übereingekommen sein sollen, daß die Sanktionsfrage auf der Juni-Tagung des Völkerbundes nicht verhandelt und daß diese Angelegenheit bis zur September-Tagung zurückgestellt wird. Wenn dieses Gerücht zutrifft, kann es sogar möglich sein, daß die außerordentliche Sitzung des Völkerbundsrates, die auf den 15. Juni angesetzt ist, gleichfalls vertagt wird.

Argentinien begründet seinen Schritt

Genf, 3. Juni (A.A.)

Der argentinische Vertreter beim Völkerbund hat dem Generalsekretär die schriftliche Forderung bezüglich der Einberufung der Vollversammlung des Völkerbundes übergeben.

Der Vertreter Argentiniens erklärte nach seiner Aussprache mit dem Generalsekretär des Völkerbundes, daß die Vollversammlung auf jeden Fall im Juni einberufen werden würde, um den italienisch-äthiopischen Konflikt zu prüfen. Der Völkerbund beruhe, so fürchte er aus, auf dem Grundsatz der Rechtsgleichheit. Alle Mitglieder müssen infolgedessen die Möglichkeit haben, die neue Lage zu prüfen, wie es übrigens auch die öffentliche Meinung aller Länder fordert. Die Prüfung muß auf der Grundlage des Art. 10, der die territoriale Unverletzlichkeit der Mitgliedsstaaten gewährleistet, erfolgen.

•

Rom, 2. Juni (A.A.)

Die amtlichen Kreise kommentieren in ungünstigem Sinn den argentinischen Vorschlag, die Vollversammlung des Völkerbundes einzuberufen. Sie sind der Auffassung, es sei nicht notwendig, daß die Vollversammlung des Völkerbundes mit solcher Hast zusammentritt. Im Anfang haben die politischen Kreise in Rom eine günstige Haltung eingenommen, als sie von dem Schritt Argentiniens Kenntnis erhielten. Aber im Augenblick legen sie sich Zurückhaltung auf, da die Absichten Argentiniens und die Auswirkungen dieses Schrittes voller Wagnisse sind.

•

Rom, 3. Juni (A.A.)

In zuständigen Kreisen wird erklärt, daß die Frage des Austritts Italiens aus dem Völkerbunde ernstlich geprüft wird. Jedoch ist noch keine Entscheidung getroffen worden. Auf alle Fälle wird Italien aber nicht auf der nächsten Tagung des Völkerbundes vertreten sein.

•

Rom, 2. Juni (A.A.)

Die amtlichen Kreise dementieren nachdrücklich, die von der amerikanischen Presse verbreiteten Gerüchte, in denen die Behauptung aufgestellt wird, daß Mussolini am 16. Juni an den Grenzen Italiens eine Million Menschen zusammenziehen wird, um dadurch den Völkerbund zu beeindrücken.

—o—

Moscicki — 10 Jahre polnischer Staatspräsident

Warschau, 3. Juni.

Der polnische Staatspräsident Moscicki blickt heute auf eine 10-jährige Amtsdauer als Staatspräsident zurück.

Moscicki steht im 69. Lebensjahr. Schon in seiner Jugend trat er für die polnische Unabhängigkeitsbewegung ein, der er neben seiner beruflichen Tätigkeit alle Kraft widmete. Am 3.Juni 1926 wurde Moscicki auf Vorschlag Pilsudskis von der polnischen Nationalversammlung zum Staatspräsidenten gewählt. Nach Ablauf seiner Amtsperiode wurde er am 8. Mai 1932 wiedergewählt.

Staatspräsident Moscicki ist von Beruf Chemiker.

Ribbentrop in London

London, 2. Juni (A.A.)

Botschafter v. Ribbentrop ist mit seiner Gattin im Londoner Flughafen von Croydon eingetroffen. Er kam mit einem Sonderflugzeug an, das aus Mount-Stewart kam, wo Lord Londonderry seinen Wohnsitz hat.

Pressevertretern erklärte v. Ribbentrop, er gedenke sich einige Tage in London aufzuhalten und werde dann auf dem Luftweg nach Berlin zurückkehren.

„Brüderliche Freundschaft unter den ehemaligen Kriegsgegnern"

London, 2. Juni (A.A.)

Die Tagung des englischen Frontkämpfer-Verbandes „British Legion" wurde gestern in Buxton eröffnet. 500 englische, deutsche, österreichische, ungarische, bulgarische und belgische Frontkämpfer nahmen an der Eröffnung teil. Der Vorsitzende der „British Legion" General Sir Frederic Maurice, erklärte, daß der Rat der Legion sein Bestes getan habe, um den Beschluß der letzten Tagung und die Empfehlung des Königs, der damals noch Prinz von Wales war, auszuführen, nämlich freundschaftliche Beziehungen zwischen den ehemaligen Frontkämpfern herzustellen. Man mußte gewisse Schwierigkeiten überwinden, die durch den Tod des Königs Georg und durch die internationale Lage entstanden waren. Verschiedene Ortsgruppen der „British Legion" hatten Vertreter nach Deutschland entsandt. Nach ihrer Rückkehr fand eine Versammlung der Frontkämpfer in Staffordshire statt, an der sich 15 Länder beteiligten. Der österreichische General Prinz Schoenburg-Hartenstein drückte seine Genugtuung darüber aus, die ehemaligen Kriegsgegner freundschaftlich versammelt zu sehen. General Weygand, der Frankreich vertrat, sprach in denselben Sinne und sagte, daß der Haß die ehemaligen Frontkämpfer nie trennen könnte.

•

London, 3. Juni.

Auf der Jahrestagung der britischen Frontkämpferorganisation „British Legion", auf der der deutsche Vertreter Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha eine mit großem Beifall aufgenommene Ansprache hielt, wurde eine beachtenswerte Entschließung angenommen, in der ernste Sorge über die gegenwärtige politische Lage in Europa zum Ausdruck kommt. Trotz allem aber wolle man weiter fortfahren in der Pflege der brüderlichen Freundschaft unter den ehemaligen Kriegsgegnern. Diese Politik werde man fortsetzen in der Hoffnung, daß es dadurch gelingen möge, in ganz Europa Verständigung und Sicherheit herbeizuführen.

„Thomas in vollem Umfang verantwortlich"

London, 3. Juni.

In London hat gestern der richterliche Ausschuß, der sich mit der Untersuchung der Versicherungen gegen die Steuererhöhungen zu befassen hatte, sein Urteil bekanntgegeben.

Darin wird der vor kurzem zurückgetretene englische Kolonialminister Thomas für das vorzeitige Bekanntwerden der von der Regierung geplanten Steuer- und Zollerhöhungen in vollem Umfange verantwortlich gemacht, und damit auch für die ungesetzlichen Versicherungsgeschäfte, die mehrere Freunde des Ministers abgeschlossen hatten.

Rücktritt des Ersten Lords der Admiralität

London, 2. Juni.

Die Londoner Zeitung „Daily Mail" meldet den Rücktritt des Ersten Lords der Admiralität, Sir Bolton Eyres - Monsell.

—o—

Der Negus vertraut dem Völkerbund

London, 2. Juni (A.A.)

„Die Engländer waren stets die Verfechter des Völkerbundes. Ich vertraue mich ebenso England als auch Frankreich und allen anderen Mitgliedern des Völkerbundes an, die sich um den Grundsatz der Gerechtigkeit geschart haben", so erklärte der Negus in einer Unterredung mit einem Vertreter des „News Chronicle" an Bord der „Oxford". Der Negus fügte hinzu:

„Ich komme nach Europa, um mitzuteilen, was während des Krieges vorgegangen ist. Ich werde die Frage stellen, ob es gerecht ist, daß die äthiopische Zivilisation, die auf 25 Jahrhunderte zurückblickt, im Laufe von 25 Wochen auf die barbarischste Weise vernichtet werden darf. Ich werde von den Gasen sprechen, die die Italiener gegen die Frauen und Kinder benutzten, und die sie nicht nur durch Granaten und Bomben sondern auch durch besondere Vorrichtungen verbreitet haben". Der Negus verneinte, daß man ihm hinsichtlich seiner Handlungsfreiheit für seinen Aufenthalt in Europa besondere Bedingungen gestellt habe. „Selbst die schlimmsten Verbrecher haben die Möglichkeit, sich zu verteidigen. Es ist darum natürlich, daß das Opfer eines Angriffes, der von 52 Nationen verurteilt wurde, wenigstens klar die Umstände feststellt, unter denen dieser Angriff erfolgt ist". Hinsichtlich der Zukunft erklärte der Negus: „Genf wird eine Lösung finden. Wir verlassen uns auf den Völkerbund, denn eine große Zahl kleiner Nationen ist ebenso wie wir daran interessiert, daß Gewalt nicht vor Recht gehe".

Wird Vandervelde mit der Kabinettsbildung beauftragt?

Brüssel, 2. Juni (A.A.)

Der Umstand, daß van Zeeland es abgelehnt hat, die Regierungsbildung zu übernehmen, hat die politischen Kreise nicht überrascht, da die Absicht des früheren Ministerpräsidenten, von der Macht zurückzutreten, bekannt war. Es wird jedoch angenommen, daß van Zeeland nachgeben könnte, falls andere Kombinationen sich als unmöglich erweisen, so z. B. wenn Vandervelde, der wahrscheinlich heute zum König berufen wird, die Regierungsbildung nicht gelingen würde.

•

Brüssel, 2. Juni (A.A.)

Die politischen Kreise glauben, daß der König den Führer der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei Vandervelde beauftragen wird, die neue Regierung zu bilden. Vandervelde ist eine der bekanntesten Persönlichkeiten im internationalen Sozialismus.

In 66 Betrieben ruht die Arbeit

Der Streik in Paris und in der Provinz geht weiter

Paris, 2. Juni (A.A.)

Die Streikbewegung in Frankreich hat jetzt zahlreiche Fabriken für chemische Erzeugnisse und Lebensmittel im Pariser Bezirk erfaßt, während in der Mehrzahl der metallverarbeitenden Betriebe die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Ferner wird aus dem Seine-Departement eine starke Bewegung unter den Arbeitern der verschiedenen Verbände gemeldet, die Lohnforderungen stellen.

Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

•

Paris, 3. Juni.

Die Streiks in den verschiedenen Fabriken von Paris und der Provinz halten an. Es werden zwar fortlaufend Vereinbarungen zwischen den Arbeitern und Unternehmern getroffen, doch treten für die Betriebe, in denen die Arbeit wieder aufgenommen wird, immer wieder neue Betriebe in den Ausstand.

Gestern wurde in Paris und Umgebung noch in 66 Betrieben gestreikt. Davon waren 51 Betriebe neu hinzugekommen. In den anderen 15 Betrieben dauert der Ausstand bereits seit Ende der vergangenen Woche.

Die Arbeitsniederlegung geschieht immer ganz einheitlich in der Art, daß die Arbeiter die Fabriken besetzt halten.

Erste Sitzung des neuen französischen Senates

Paris, 3. Juni.

Der neue französische Senat trat gestern zu seiner ersten Sitzung zusammen, nachdem am Vortag die neue Kammer zum erstenmal getagt hatte.

Während der Sitzung, die nur 15 Minuten dauerte, machten sich wiederum die Frauenrechtlerinnen bemerkbar, indem sie von den Tribünen Handzettel und kleine Päckchen in den Saal warfen. Auf den Handzetteln wurde das Stimmrecht für die Frauen gefordert, während sich in den Päckchen Strümpfe befanden. Auf beigelegten Zetteln stand zu lesen: „Selbst wenn ihr uns das Stimmrecht gebt, werden eure Strümpfe gestopft werden".

Vor dem Senatsgebäude unterstützte eine große Zahl von Frauenrechtlerinnen den parlamentarischen Vorstoß ihrer Gesinnungsgenossinnen im Hause.

Am 14. Juni Kundgebungen der „Volksfront"

Paris, 3. Juni.

In ganz Frankreich hat die „Volksfront" gestern einen Aufruf bekanntgemacht, in dem die Anhänger aufgefordert werden, ihren Erfolg bei den Parlamentswahlen am 14.Juni durch besondere Kundgebungen zu feiern.

Es sollen an diesem Tage überall Aufmärsche und Versammlungen veranstaltet werden. Die Hauptkundgebung wird in Paris stattfinden.

Denkmal für französische Alpenjäger

Grenoble, 2. Juni (A.A.)

Der französische General Gamelin weihte in Anwesenheit einer großen Menschenmenge ein Denkmal für die französischen Alpenjäger ein. Zu der Feier waren auch Abordnungen italienischer Alpentruppen erschienen.

Bei dem Vorbeimarsch nach Beendigung der Feier wurden die Italiener mit lebhaftem Beifall und mit Rufen wie „Es lebe Italien!" und „Nieder mit den Sanktionen!" begrüßt.

—o—

Regierungsumbildung in Bulgarien

Sofia, 2. Juni (A.A.)

Man erwartet in dieser Woche in Sofia eine Umbildung in der bulgarischen Regierung, deren Einzelheiten noch unbekannt sind. In politischen Kreisen wird erklärt, daß 4 oder 5 Minister durch Persönlichkeiten ersetzt werden sollen, die sich auf dem zweiten Plan befinden, und daß auf diese Weise ein neuer Schritt in der Richtung zu einem normalen politischen Regime getan werden soll.

—o—

England verstärkt seine Truppen in Palästina

London, 2. Juni (A.A.)

Zwei neue Bataillone der ägyptischen Garnisonen sind nach Palästina abgegangen, so daß die Engländer gegenwärtig in Palästina über 5 Infanteriebataillone, die durch Flugzeuge, Panzerwagen und Tanks verstärkt werden, verfügen. Diese Verstärkungen lassen die Absicht erkennen, so schnell wie möglich dem arabischen Aufstand ein Ende zu bereiten.

•

Jerusalem, 3. Juni.

Zur Verstärkung der englischen Truppen in Palästina sind gestern zwei britische Regimenter, die vordem in Kairo lagen, in Jerusalem eingetroffen.

Zwischen Kairo und London

Alexandrien, 2. Juni (A.A.)

Der englische Oberkommissar ist heute morgen mit dem Flugzeug abgereist, um die englische Regierung bezüglich der englisch-ägyptischen Verhandlungen um Rat zu fragen.

Der ägyptische Außenminister Wassif Pascha, der sich auf dem Wege nach Paris befindet, wo er seine Ferien zu verbringen gedenkt, erhielt Weisungen, nach London zu reisen, um dort ebenfalls die gleiche Frage zu erörtern.